

Christfried Brödel

Unter Kreuz, Hammer, Zirkel und Ährenkranz Kirchenmusik in der DDR



Unter Kreuz, Hammer, Zirkel und Ährenkranz

Christfried Brödel

Unter Kreuz, Hammer, Zirkel und Ährenkranz

Kirchenmusik in der DDR



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig

Christfried Brödel, Prof. Dr. Dr. h. c., Jahrgang 1947, studierte Mathematik und promovierte in dem Bereich. Er arbeitete in verschiedenen Forschungsinstituten der DDR, bevor er zur Kirchenmusik wechselte. Er war Landessingwart in Sachsen, Direktor der Kirchenmusikschule Dresden, Rektor und Professor für Chorleitung der Hochschule für Kirchenmusik Dresden. Nach seiner Emeritierung ist er tätig als Dirigent (Ensemble vocal modern), Lehrer und Autor.



Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

2., korrigierte Auflage 2019

© 2018 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig

Printed in Germany

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Cover: Thomas Puschmann, Leipzig

Coverbild: Chortreffen in der Thomaskirche zum Bachfest Leipzig 1985,

© Foto privat

Satz: makena plangrafik, Leipzig

Druck und Binden: Hubert & Co., Göttingen

ISBN 978-3-374-05715-3

www.eva-leipzig.de

Inhalt

Einleitung	7
1. Geschichtlicher Abriss	11
1.1. Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR	11
1.2. Entwicklung der Kulturpolitik der DDR	26
1.3. Die Folgen in der Praxis	30
2. Ausbildung von Kirchenmusikern	43
2.1. Grundlagen aus der Zeit zwischen den Weltkriegen	43
2.2. Kirchenmusikalische Ausbildung an staatlichen Musikhochschulen	48
2.3. Studium an Kirchenmusikschulen	59
2.3.1. Kirchenmusikschulen im gesellschaftlichen Umfeld	59
2.3.2. Orte und Profile	70
2.3.3. Geschichten, die das Leben schreibt	80
3. Der Kantorenberuf	87
3.1. Das Modell des Kantorkatecheten	87
3.2. Soziale Stellung	91
3.3. Musikalische Arbeit mit Kindern	95
4. Zentren kirchenmusikalischer Arbeit	97
5. Singwochen	123

6.	Chöre von überregionaler Bedeutung	131
6.1.	Kirchliche Chöre an bedeutenden Kirchen	131
6.2.	Chöre von Kirchenmusikschulen	132
6.3.	Überregionale Chorgemeinschaften	133
6.3.1.	Übersicht	133
6.3.2.	Kirchliche Chöre	135
6.3.3.	Nichtkirchliche Chöre mit kirchenmusikalischem Programm	142
6.4.	Pars pro toto: Die Meißner Kantorei 1961	144
7.	Knabenchöre mit christlicher Prägung	153
7.1.	Leipziger Thomanerchor und Dresdner Kreuzchor	153
7.2.	Dresdner Kapellknaben	156
7.3.	Thüringer Sängerknaben	157
7.4.	Knabenchöre in Mittweida, Radeberg und Torgau	158
8.	Zeitgenössische Kirchenmusik	165
9.	Posaunenchöre und Musikfeste	173
10.	Beziehungen und Vernetzungen mit der Bundesrepublik Deutschland	177
10.1.	Kirchenmusikalische Direktorenkonferenz	178
10.2.	Verband Evangelischer Kirchenchöre Deutschlands	180
10.3.	Partnergemeinden und Partnerhilfe	182
10.4.	Einzelpersönlichkeiten	189
10.5.	Auswirkungen im Westen	194
11.	Schlusswort	197

Einleitung

In der Hölle müssen sich alle Insassen ständig um sich selbst drehen, umso schneller, je mehr sie in ihrem Leben gelogen haben. Der Höllenbesucher reibt sich die Augen: „Und wo ist hier Walter Ulbricht?“ – „Den hat eben ein Warenhaus als Ventilator ausgeliehen!“

In der DDR spielten Witze eine wichtige Rolle. Sie stellten die Verlogenheit des Systems bloß, wurden hinter vorgehaltener Hand weitergesagt und brachten den Erzähler in Gefahr verhaftet zu werden, wenn die falschen Ohren ihm zuhörten. Sie bedeuteten aber ein gewisses Maß an Befreiung: Worüber man lachen kann, dem steht man souveräner gegenüber.

Heute ist die DDR eine Episode der deutschen Geschichte, für die Mehrzahl der Deutschen bedeutungslos. Diejenigen, die in der DDR wesentliche Teile ihres Lebens verbracht haben, sind jetzt bereits im Rentenalter; ihre Zahl wird in den nächsten Jahren rapide abnehmen. Deshalb ist es vielleicht nötig zu bemerken, dass Walter Ulbricht Staats- und Parteichef der DDR von 1949 bis 1971 war, der mächtigste Mann im Staate.

Das Interesse der Menschen in den alten Bundesländern für die DDR ist auch heute noch teilweise gering. Es gibt viele, die noch nie in den neuen Bundesländern waren. Und selbst wenn sie die Schönheiten der Landschaft, die Ostsee, Dresden und Leipzig als Touristen besucht haben, fehlt oft

wirkliches Interesse an der Geschichte dieses Teils Deutschlands vor 1989.

Auf einer Fachtagung spricht ein Referent aus Süddeutschland über die kirchenmusikalische Situation in unserem Land:

„Wir kommen aus einer Zeit, in der kirchliches Leben und auch das kirchenmusikalische Leben stark dem vereinskirchlichen Modell verhaftet war. Kirche wurde dort von drei Knotenpunkten her gedacht: von der Familie her, in der die christliche Tradition selbstverständlich weitergegeben wird, von Gruppen her, in denen sich Menschen mit hoher Verbindlichkeit am kirchlichen Leben beteiligen, und das ganze auf der Basis einer konventionellen Christlichkeit, in der Kirche einfach eine gewisse Selbstverständlichkeit darstellte. Dieses Modell hat auch die Kirchenmusik geprägt – sowohl die Arbeit der Kantorate mit ihren hauptamtlichen Kirchenmusikerinnen und -musikern als auch die nebenamtlich und ehrenamtlich geleistete Kirchenmusik. Die vereinskirchliche Epoche der Kirche scheint sich ihrem Ende zuzuneigen ...“

Als ich den Vortragenden später darauf anspreche, dass seine Situationsbeschreibung lediglich für die alten Bundesländer – und dort wohl auch nicht für alle gleichermaßen – zutreffe, antwortet er mir: „Vom Osten habe ich keine Ahnung.“ Ich weise ihn darauf hin, dass er dann mindestens den eingeschränkten Gültigkeitsbereich in seinem Vortrag erwähnen müsste. So geschehen 2017, 27 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands.

Warum erscheint dieses Buch? Welchen Sinn hat es für die Nachgeborenen, Verhältnisse und Erfahrungen ken-

nenzulernen, von denen keine Entwicklungslinien in die Zukunft führen?

Vier Gründe sprechen dafür:

- 1) In der DDR wandelte sich frühzeitig die vorher existierende Volkskirche in eine Minderheitskirche. Die Erfahrungen, die speziell die evangelische Kirche dabei machte, stehen – natürlich in modifizierter Form – den Westkirchen noch bevor.
- 2) Die Geschichte der DDR zeigt, dass unter bestimmten Bedingungen Kunst eine große Wirkung in der Gesellschaft entfalten kann. Das gilt besonders für Kunstwerke, die sich mit den Grundlagen der menschlichen Existenz, mit der Freiheit der Entscheidung und dem Sinn des Lebens befassen. Wenn die Freiheit gefährdet ist, zeigen dies die entstehenden Werke und die künstlerische Praxis als erste sensibel an. Dabei ist zwischen Freiheit und Beliebigkeit genau zu unterscheiden.
- 3) Die Kirchenmusik in der DDR war nicht bedeutungslos, und zwar nicht nur in politischer, sondern auch in künstlerischer Hinsicht. Jeder schöpferische Mensch weiß, dass sich gerade in der Auseinandersetzung mit Widerständen, im Kampf gegen bestehende Grenzen die innovative Kraft beweist und dazu führt, die Grenzen gleichzeitig zu akzeptieren und dennoch innerlich zu überschreiten.
- 4) Zwischen den Kirchen diesseits und jenseits des „Eisernen Vorhangs“ bestanden vertrauensvolle, enge Beziehungen. Viele kirchliche Projekte in der DDR konnten

nur durch tatkräftige offizielle und inoffizielle Hilfe der Kirchen der Bundesrepublik verwirklicht werden. Das gilt auch für die Kirchenmusik. Es ist wichtig, die großartige Hilfe zu würdigen, die nicht nur die Kirche als Institution, sondern auch viele einzelne ihrer Mitarbeitenden erbracht haben.

Diesen Zwecken will dieses Buch dienen. Es erhebt nicht den Anspruch einer auch nur annähernd umfassenden Dokumentation, sondern kann nur Schlaglichter werfen. Zweifellos sind nicht alle Akteure und Aktivitäten erwähnt, die dies verdient hätten. Dies ist in keinem Falle mit Absicht geschehen, sondern der Tatsache geschuldet, dass der Autor den Text nur auf der Grundlage eigener Kenntnis und der Zuarbeit weniger anderer verfassen konnte.

Lücken in der Darstellung betreffen sicher auch die katholische Kirchenmusik in der DDR, hinsichtlich deren der Verfasser nur über regionale Kenntnisse verfügt.

Trotz dieser im vorliegenden Rahmen unumgänglichen Mängel gibt das Buch hoffentlich einen realistischen Einblick in die kirchenmusikalische Arbeit unter den Bedingungen der DDR.

1. Geschichtlicher Abriss

Die Geschichte der Kirchenmusik in der DDR lässt sich nur verstehen, wenn man die verschiedenen Phasen des Verhältnisses von Kirche und Staat in den Blick nimmt. Deshalb folgt zunächst ein Überblick darüber. Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich speziell mit der Kulturpolitik der DDR. Im Anschluss daran werden konkrete Begebenheiten und Erlebnisse berichtet, die zeigen, wie sich die Großwetterlage in der alltäglichen Praxis auswirkte.

1.1. VERHÄLTNIS VON STAAT UND KIRCHE IN DER DDR

In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts führen zwei Theologiestudenten im Zug von Dresden nach Berlin. Eine Dame, die im gleichen Abteil Platz genommen hatte, interessierte sich für die beiden Mitreisenden und fragte sie nach ihrem Beruf. Auf die wahrheitsgemäß gegebene Antwort drückte sie ihr Bedauern darüber aus, dass zwei so nette junge Männer eine derart vergebliche Berufswahl getroffen hätten, denn die Kirche werde ja nach wenigen Jahren vollständig der Vergangenheit angehören.

Diese Begebenheit zeigt eine verbreitete Ansicht in der ersten Phase der DDR. Als im Mai 1945 die „Gruppe Ulbricht“ nach Berlin reiste, strebte sie die Herstellung einer antifaschistischen Ordnung in der sowjetisch besetzten Zone an. Dabei wurden alle bürgerlichen Kräfte, auch Kirchenver-

treter, einbezogen. Mit der sogenannten Stellvertreter-Regelung stellte man zugleich die Weichen für die geplante weitere Entwicklung: An die Spitze der Gremien wurden geachtete Bürger ohne nazistische Vergangenheit berufen. Die Stellvertreterposten, die die eigentliche Arbeit machten und dadurch die entscheidende Macht ausübten, besetzten hingegen nur Mitglieder der Kommunistischen Partei. Diese hatten den Auftrag, einen Vasallenstaat der Sowjetunion aufzubauen, in dem die wichtigen Entscheidungen nach Moskauer Vorbild getroffen wurden.

In der Sowjetunion waren die Kirchen zwar nicht verboten, aber doch in ihrer Tätigkeit empfindlich eingeschränkt. Jede öffentliche Werbung für den christlichen Glauben, insbesondere die organisierte christliche Erziehung von Kindern waren verboten. Dennoch bewahrten die Älteren die religiösen Traditionen. (So wurde Michail Gorbatschows Tochter hinter dem Rücken ihrer Eltern während eines Ferienaufenthalts bei ihren Großeltern heimlich getauft.¹) Kirchen waren häufig ihrem eigentlichen Zweck entfremdet und dienten als Schwimmbad (so die Lutherische Petrikirche in Leningrad, dem heutigen St. Petersburg), als Lagerhalle oder als „Museum für Atheismus“.

Die Politik in der DDR unterschied sich davon entscheidend. Der sächsische Pfarrer Rainer Hageni schreibt: „Alle antifaschistischen Kräfte im Sinne der Kommunisten und unter ihrer unangefochtenen Führung zu vereinen, war das Ziel der sowjetischen Besatzungspolitik. Damit unter-

¹ Michail Gorbatschow, Alles zu seiner Zeit, Hoffmann und Campe 2013, 123.

schied sich die Kirchenpolitik Stalins in der sowjetischen Besatzungszone wesentlich von der in der SU [Sowjetunion, d. Verf.]. Religiöse Handlungen und kirchliche Organisation wurden in der SBZ [Sowjetischen Besatzungszone, d. Verf.] mehr als nur toleriert. Die evangelischen Kirchen in der SBZ erhielten Rechte zugesprochen, die ihnen laut der Weimarer Verfassung zustanden und in der Nazizeit außer Kraft gesetzt waren. Das betraf z.B. Grundstücke, Ländereien und Ausgleichszahlungen für durch Staat und Kommunen in Anspruch genommene kirchliche Grundstücke und Ländereien und auch den Fortbestand der theologischen Fakultäten, konfessionelle Krankenhäuser, Altersheime, Kindergärten und Erholungsheime.“²

Die von der Sowjetischen Militär-Administration (SMA) geschaffenen Verhältnisse bildeten die Grundlage für das weitere Vorgehen nach Gründung der DDR im Oktober 1949. So hatten die Kirchen in der DDR weit größere Freiheiten und Arbeitsmöglichkeiten als beispielsweise in der benachbarten Tschechoslowakei.³ Noch bis zum Ende der fünfziger Jahre fand man an kirchlichen Wohngebäuden (z.B. Pfarrhäusern) hölzerne Schilder mit der russischen Aufschrift „ДОМ ЦЕРКОВНОЙ ОБЩИНЫ“ (Gebäude der Kirchgemeinde). Diese Kennzeichnung sollte die Häuser keineswegs brandmarken, sondern wurde zum Schutz vor Übergriffen der sowjetischen Soldaten angebracht.

² Rainer Hageni, Die evangelischen Kirchen in der Ostzone und in der DDR vom Mai 1945 bis zum Mai 1989, Ein persönliches Erlebnisbild, Eigenverlag 2012, 4.

³ A. a. O., 5.

In der Verfassung der DDR war die strikte Trennung von Staat und Kirche festgelegt, zugleich aber ungehinderte Religionsausübung garantiert. Kirchensteuern wurden nicht mehr von den Finanzämtern eingezogen, sondern von kirchlichen Steuerämtern.

In der Nachkriegszeit suchten viele Menschen Hilfe und Trost im Glauben. Speziell die kirchenmusikalischen Angebote wurden von vielen mit Begeisterung wahrgenommen. Dabei gab es große äußere Schwierigkeiten zu überwinden. So war Heizmaterial absolute Mangelware und es war üblich, zu gemeindlichen Veranstaltungen ein oder mehrere Kohlenbriketts mitzubringen, damit der Saal geheizt werden konnte.

Die Kirche spielte zu jener Zeit eine zentrale Rolle; 92 % der Bevölkerung bekannten sich zum christlichen Glauben. Die evangelische Kirche hatte die meisten Mitglieder, gefolgt von der katholischen Kirche. Nach einer anfänglich nicht ausgesprochen kirchenfeindlichen Politik änderten sich die Verhältnisse 1952 mit der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die aus der zwangsweisen Vereinigung von Kommunistischer (KPD) und Sozialdemokratischer (SPD) Partei hervorgegangen war und das politische Leben bestimmte. Parteichef Walter Ulbricht sprach von einer „Verschärfung des Klassenkampfes“. Bald schon war dies zu fühlen: Anfang 1953 entfesselte die Sozialistische Einheitspartei in der DDR ein Kesseltreiben gegen die Junge Gemeinde. Es richtete sich nicht in erster Linie gegen die Religion als solche, sondern man erhob den Vorwurf, in den Veranstaltungen der Kirche werde politisch im Sinne der Bundesrepublik argumentiert. Zahl-

reiche junge Menschen, die der Kirche dennoch die Treue hielten, wurden vom Abitur ausgeschlossen und wählten oft die damals noch relativ problemlose Flucht in den Westen. Kurz vor dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 beendete man jedoch diese Kampagne. Es folgte eine Phase gemäßigter Kirchenpolitik, in der die christliche Bevölkerung für die gesellschaftlichen Organisationen des Staates gewonnen werden sollte. Der gesamtdeutsche Leipziger Kirchentag 1954 fand in dieser etwas offeneren Atmosphäre statt. Sie war aber nicht von Dauer.

Im Mai 1953 fasste das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) einen „Beschluss über ‚Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR‘ [...], der auch eine sozialistische Alternative zur Konfirmation vorsah. Mit gewaltigem Druck wurde die formal aufgebaute Jugendweihe durch ihre zeitliche Nähe zu Ostern und Pfingsten und ihrer pseudosakralen Inhalte zu einem vordergründigen Gegenentwurf zur evangelischen Konfirmation und der katholischen Firmung etabliert.“⁴

Der Begriff „Jugendweihe“ hat eine lange Tradition als Ersatzhandlung für die kirchlichen Rituale beim Übergang von der Kindheit zum Erwachsensein. Nun wurde er politisch aufgeladen und instrumentalisiert. 1955 fanden die ersten staatlich geplanten Jugendweihefeiern in der DDR statt, ab 1958 „wurde die Jugendweihe durch die eingesetzten Maßnahmen der Regierung von Walter Ulbricht praktisch zur Zwangsveranstaltung. Tausende von Jugendlichen mussten schwere Benachteiligungen hinnehmen: Wer nicht

⁴ Wikipedia „Jugendweihe“ am 19.02.2018.

an der Jugendweihe teilnahm, musste mit schlechteren Lehrstellen, versagter Zulassung zur Erweiterten Oberschule (EOS), Studiumsverbot und anderen Repressionen rechnen; auch auf die Eltern wurde Druck ausgeübt.“⁵

Da die Jugendweihe ein Treuegelöbnis gegenüber dem sozialistischen Staat und der von ihm propagierten Weltanschauung enthielt, stellten sich die evangelischen Kirchen auf den Standpunkt, dies sei mit der Konfirmation unvereinbar. Erst ein Jahr später – also nach einer Zeit der Umorientierung – könne dann die Konfirmation erfolgen. So viel für diese prinzipielle Haltung spricht, so wenig praktisch erwies sie sich. Die Jugendweihe wurde im privaten Kreis nur als eine Familienfeier verstanden; der ideologische Hintergrund spielte nahezu keine Rolle. Dem äußeren Druck folgend, nahmen bald 97 % aller Jugendlichen an der Jugendweihe teil.⁶ Die verschiedenen evangelischen Landeskirchen gingen unterschiedlich mit der Situation um; teilweise waren später durchaus Jugendweihe und Konfirmation im gleichen Jahr möglich, an anderen Orten jedoch nicht. Selbst die konfirmierenden Pfarrer verhielten sich nicht alle gleich konsequent.

Die Unterzeichnung des Militärseelsorgevertrags für die EKD durch Bischof Dibelius 1957 verschärfte die Spannungen erneut. Der Kirche wurde Militarismus vorgeworfen; der Druck erhöhte sich.

⁵ A. a. O.

⁶ Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Ch. Links Verlag Berlin, 21.

Eine wesentliche Zäsur bedeutete der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Bis dahin konnte jeder, der politisch angefochten war oder dem eine weitergehende Ausbildung bzw. berufliche Karriere verweigert wurde, unter Zurücklassung seiner Habseligkeiten relativ leicht die Sektorengrenze in Berlin passieren und aus dem westlichen Teil der Stadt in die Bundesrepublik gelangen. Nun war dies nicht mehr möglich. Damit erhöhte sich der ideologische Druck fühlbar. Es gab keinen Weg mehr, den staatlichen Repressionen zu entfliehen. Wer vom Universitätsstudium ausgeschlossen wurde, hatte keine Chance, anderswo einen Hochschulabschluss zu erreichen.

Durch den Wegfall vieler Reisemöglichkeiten wurde die Arbeit gesamtdeutscher Institutionen sehr erschwert. Die EKD musste geeignete Strukturen in jedem der beiden Teile Deutschlands schaffen. Von staatlicher Seite der DDR wurde stark darauf gedrängt, gesamtdeutsche, also grenzübergreifende, Organisationen zu trennen.

Die evangelischen Kirchen in der DDR stellten bereits 1963 eine gewisse organisatorische Selbstständigkeit durch die Beauftragung des Cottbuser Generalsuperintendenten Günter Jacob mit der Wahrnehmung bischöflicher Aufgaben für den Bereich der DDR her. 1964 führte die DDR auf Drängen der Kirchen einen Wehersatzdienst („Bausoldaten“) ein.

Der staatliche Druck zur kirchlichen Trennung von der EKD erreichte 1967 einen Höhepunkt. 1969 wurde der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) gegründet und in der Folge von der Regierung der DDR anerkannt. Dieser Bund enthielt allerdings in seiner Ordnung einen

Passus mit dem Hinweis auf weitere Verbundenheit mit der EKD.

Einen Kurswechsel in der Innenpolitik der DDR bedeutete die Ablösung Walter Ulbrichts als Staats- und Parteichef durch Erich Honecker im Jahre 1971. Stand bis dahin die ideologische Prägung der Gesellschaft im Vordergrund, wurde die Politik später vor allem von pragmatischen Entscheidungen bestimmt. Aus der zweifellos richtigen Einsicht, dass man nur durch eine Erhöhung des Lebensstandards Unruhen in der Bevölkerung verhindern könne, konzentrierten sich die Anstrengungen von Partei und Staat auf die Lösung der sogenannten Hauptaufgabe, nämlich auf die „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus“ der Bevölkerung. Hatte man sich unter Ulbricht – erfolglos – darum bemüht, die Bundesrepublik wirtschaftlich zu überholen, wurde nun eine Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik mit dem Ziel einer Steigerung des Lebensstandards proklamiert. Besonders ging es um die Bekämpfung der überall herrschenden Wohnungsnot. Da die Mieten künstlich niedrig gehalten wurden (einen freien Wohnungsmarkt gab es nicht; Wohnungen wurden nur von staatlichen Wohnungsämtern vergeben), fehlten die Mittel zur Sanierung und Werterhaltung alter Bausubstanz. Zudem herrschte stets Arbeitskräftemangel, besonders im Bereich des Handwerks. Die Lösung des Problems suchte man in der Errichtung möglichst vieler Plattenbauten auf grüner Wiese, wobei größtmögliche Sparsamkeit an Raum und Material einzuhalten war. Trotzdem gelang es nicht, die Kluft zwischen Angebot und

Bedarf zu schließen; in gleichem Maße wie neue Wohnblöcke entstanden, wurden ältere Häuser unbewohnbar.

Außenpolitisch war die Zeit nach 1971 bestimmt vom Streben der DDR nach internationaler Anerkennung. Die Hallstein-Doktrin, nach der die Bundesrepublik eine diplomatische Anerkennung der DDR durch Drittstaaten als „unfreundlichen Akt“ ablehnte, hatte mit der Regierungserklärung Willy Brandts als Bundeskanzler 1969 ihre Gültigkeit verloren. Mit der Anerkennung der DDR als Vollmitglied der UNO im Jahre 1973 errang Honecker einen großen Erfolg. Der Versuch, die DDR als ein respektables Mitglied der Staatengemeinschaft zu präsentieren, führte zu einer Verringerung des ideologischen Drucks nach innen. 1975 unterzeichnete auch die DDR die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki, in deren humanitärem Teil „Prinzipien für die Behandlung von Gesuchen auf regelmäßige familiäre Kontakte, Familienzusammenführung, Eheschließungen zwischen Bürgern verschiedener Staaten und Reisewünschen sowie Kontakten u. a. auch religiöser Organisationen und Jugendaustausch“ enthalten waren.⁷ Obwohl die Schlussakte kein völkerrechtlich bindender, von den teilnehmenden Staaten zu ratifizierender Vertrag war, boten die dort vereinbarten Formulierungen eine wirksame Argumentationsgrundlage im Umgang mit den DDR-Behörden.

Mit diesen Prozessen ging eine Entspannung in der ideologischen Auseinandersetzung einher.

⁷ 100(o) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte, www.1000dokumente.de am 01.07.2018.